

Den Haushalt kippen.

Sagen Sie Nein zu den Kürzungen und kommen Sie zur Demonstration gegen den Doppelhaushalt am 17. März – Abschlusskundgebung 18.30 Uhr Rotes Rathaus



Die Kürzungen im Berliner Doppelhaushalt 2004/05, die am 18. März im Abgeordnetenhaus beschlossen werden sollen, treffen besonders die mittleren und kleineren Einkommensempfänger der Stadt.

Die Kindertagesstätten werden teurer, Lernmittel für die Behinderten wird gespart, im öffentlichen Dienst werden, im öffentlichen Rahmen Stellen abgebaut, das Sozialticket für die BVG fällt weg, Wohnungsbau-Gesellschaften und die BVG sollen privatisiert werden und viele soziale Projekte müssen schließen.

Das alles in einer Stadt, in der 309 000 Menschen (ca. 17 Prozent) erwerbslos sind und mehr als 250 000 Menschen Sozialhilfe beziehen.

Der soziale Zusammenhalt ist durch die Politik des SPD/PDS-Senats bedroht. Mit dem Doppelhaushalt 2004/05 findet die Kürzungsorgie kein Ende: Im nächsten Doppelhaushalt 2006/07 sollen weitere 500 Millionen Euro gestrichen werden.

Symbolisch für die perspektivlose und bürokratische Kürzungsorgie des SPD/PDS-Senats steht Finanzsenator Thilo Sarrazin. Akribisch errechnet er, wo Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern eine so genannte „Überschuss“ besitzt, ohne die soziale Situation in der Stadt zur Kenntnis zu nehmen.

So verteidigte Sarrazin den Wegfall des Sozialtickets: „Anders als in einem Flächenland sind in Berlin die Entfernungen nicht so groß“ – deshalb könnten Sozialhilfeempfänger auch zu Fuß gehen. Den Berliner El-

tern warf er in der Diskussion um die Erhöhung der Kita-Gebühren vor, es werde getan, „als ob wir Kinder in Konzentrationslager schicken“.

Der Etat für das Land Berlin soll 2004 21,3 Mrd. Euro betragen. Berlin ist zur Zeit mit 51,3 Mrd. Euro verschuldet und zahlt jährlich allein ca. 2,7 Mrd. Euro Zinsen an die Gläubigerbanken.

Rund 14 Mrd. Euro werden für gesetzliche Pflichtleistungen wie die Sozialhilfe und die Gehälter der Bediensteten im öffentlichen Dienst verwendet.

Es verbleiben knapp fünf Mrd. Euro für Bezirke, Investitionen, Universitäten und alle anderen öffentlichen Aufgaben.

Der Hoffnungsschimmer des Senats ist es, Bundeshilfe von 35 Mrd. Euro beim Bundesverfassungsgericht einzuklagen, um Berlin zu entschul-

den. Diese Entschuldung durch den Bund würde jedoch frühestens in fünf Jahren beginnen. Die Einnahmen könnten jedoch schon jetzt dramatisch erhöht, der Kahlschlag damit verhindert werden.

Doch die Vorschläge zur Erhöhung der Haushaltseinnahmen, die von den außerparlamentarischen Bewegungen und den Gewerkschaften seit langem vorliegen, werden vom Senat ignoriert.

Eine bundesweite Vermögenssteuer würde je nach Höhe 200-500 Mio. Euro in den Berliner Haushalt bringen. Eine „kommunale Einkommenssteuer“ zu Lasten der Reichen Berlins brächte mindestens genauso viel.

Jährlich muss der Senat bis zu 300 Mio. Euro im Rahmen der Risikoabschirmung für Fondzeiger der Berliner Bankgesellschaft zah-

len. Auch dies müsste nicht sein, wenn die Risikoabschirmung – wie die Initiative Bankenskandal fordert – aufgekündigt würde. Auch könnten die bestehenden Steuerrückstände von ca. 1,5 Mrd. Euro eingetrieben werden.

Blieben immer noch die Zinsen und Schulden. Hier steht die Forderung nach Verhandlungen über die Aussetzung der Zins- und Schuldenzahlungen mit den Gläubigerbanken im Mittelpunkt.

Denn Berlin ist in einer Situation, in der die öffentlichen und sozialen Leistungen sonst nicht mehr erbracht werden können – diese sind aber für eine soziale und solidarische Stadt unbedingt notwendig.

**Michael Hammerbacher
Berliner Bündnis gegen
Sozial- und Bildungsraub**

Berliner
Bankgesellschaft

Skandal ohne Ende

Als deutsches ENRON wird der Berliner Bankenskandal gerne bezeichnet.

Doch gibt es einen zentralen Unterschied: Während in den USA die Manager bereits im Knast sitzen, erhalten die Berliner Täter weiter fette Pensionen: 20 000 Euro im Monat kassiert etwa der Ex-CDU-Fraktionschef Landowsky.

Welche Rolle die Medien spielen, wurde erst kürzlich deutlich. Eine Initiative von 400 Prominenten um den ehemaligen FU-Präsidenten Kreibich wollte in zwei großen Anzeigen für eine Rückabwicklung der Landesbürgschaft von 21,66 Mrd. Euro für die Bankgesellschaft werben.

Auch listeten sie die Pensionen an die Ex-Banker auf. Doch das war zuviel der Aufklärung: „Tagesspiegel“ und „Berliner Zeitung“ lehnten eine Veröffentlichung ab. Die „Persönlichkeitsrechte“ derjenigen, die Berlin ruinierten, mussten geschützt werden.

Wie schnell das Geschwätz von Partizipation, Bürgerbeteiligung und Demokratie an seine Grenzen stößt, erfuh auch die „Initiative Bankenskandal“ um den FU-Professor Peter Grottel, die über 37 000 Unterschriften zur Einleitung eines Volksentscheids gegen die Risikoübernahme gesammelt hatte.

Da die Chancen gut standen, die danach nötigen 240 000 Unterschriften zu bekommen, lehnte Innenminister Kötting (SPD) das Volksbegehren ab. Kein Wunder, hätte der SPD/PDS-Senat doch einen erfolgreichen Volksentscheid nicht überlebt. Begründet wurde die Ablehnung heuchlerisch rein formal: Die Verfassung verbiete einen Eingriff in den Haushalt.

Von Anfang an hatten SPD und PDS keinerlei Interesse, die öffentlich-rechtliche Berliner Sparkasse, die in ihrer 150jährigen Geschichte niemals Verluste machte, zu retten.

Das passt gut zu ihrer neoliberalen Regierungspraxis, alles an private Investoren zu ver-scherbeln, was dem Land noch gehört.

Daher war man auch über die Entscheidung der EU-Kommission hoch erfreut, die dem Land die Auflage machte, die Bankgesellschaft bis 2007 zu verkaufen. Das freut die privaten Banken: Berlin wird als erste Stadt sparkassenfreie Zone.

**Lionel Schneider
Initiative Bankenskandal**

Anzeige
ROSA LUXEMBURG TAGE 2004
28. bis 31. Mai BERLIN

MARKISIMUS IN BEWEGUNG
Ein Kongress mit Alex Callinicos
Werner Holtmann/Peter Grottel
Michael Pätz/Christiane Buchholz
Ulrich Pfeiffer/Thilo Sarrazin

Info: Kongressbüro e.V., Telefon und
Telefax: 030 26 30 10 10
Info & Anmeldung: info@kongressbu-
ro.de 0 30 / 63 22 96 13
www.kongressbuero.de

Unsere Forderungen

10 Sofort-Forderungen

1. Die Wiedereinführung eines Arbeitslosen- und Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr zum Preis von zehn Euro und keine allgemeinen Fahrpreiserhöhungen
2. Die Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung
3. Die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit an den Schulen
4. Rücknahme der Kürzungen an den Universitäten und die Ausfinanzierung von 135 000 Studienplätzen statt Eilförderung
5. Verzicht auf Studienkonten und Studiengebühren
6. Rücknahme der Kürzungen bei Kinder-, Jugend-, Frauen-, Migranten- und allen weiteren sozialen und kulturellen Projekten. Der Bestand der Schülerläden und Schülerclubs muss gesichert werden
7. Die Rücknahme der Arbeitszeiterhöhung für Lehrer und der Ausschluss neuer Arbeitszeiterhöhungen für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst
8. Die Rücknahme der geplanten Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst (u.a. Referendariate, Feuerwehr, Justiz, Kultur)
9. Transparenz- und Aufklärung über die Berliner Wohnungsbau-förderung, kein Verkauf der öffentlichen Wohnungsbau-gesellschaften an Großinvestoren, stattdessen die Förderung von Mietergenossenschaften
10. Rücknahme der Privatisierung von Gemeineigentum; Rück-überführung der BVG und von Vivantes in Eigenbetriebe; Ent-schuldung statt Arbeitsplatz- und Lohnabbau

5 Sofort-Maßnahmen zur Verbesserung der Berliner Finanzsituation und zum Erhalt der städtischen Infrastruktur

1. Eine Initiative im Bundesrat zur Einführung der Vermögenssteuer und zur Wiedereinführung der kommunalen Investitionszuschüsse. Die öffentlichen Finanzen müssen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gestärkt werden
2. Die Kündigung des Risikoabschirmungsgesetzes der Bankgesellschaft
3. Verhandlungen mit den Gläubigerbanken der Stadt mit dem Ziel einer Entschuldung Berlins
4. Eine Initiative im Bundesrat zur Einführung einer kommunalen Einkommenssteuer, befristet auf 10 Jahre ab 60 000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen. Die erzielten Einnahmen sollten zur Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungsbereiches und dem Erhalt der sozialen Infra-struktur der Stadt verwendet werden
5. Die konsequente Eintreibung der ca. 1,5 Mrd. Euro Steuer-rückstände in Berlin

Das Berliner Bündnis gegen Sozial- und Bildungsraub vereint das Sozialbündnis, das sich während der Studierendenproteste herausbildete, sowie den Berliner Vorbereitungskreis der bundesweiten Großdemonstration vom 1. November 2003.

Wir wissen, dass die Berliner Haushaltskrise nicht allein in der Stadt gelöst werden kann. Auch deshalb sind wir Teil der neuen bundesweiten Protestbewegung. Gemeinsam wollen wir die Kahlschlagpolitik des SPD/PDS-Senats stoppen, der der gleichen neoliberalen Agenda wie die Bundesregierung folgt.

Im Bündnis arbeiten Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen zusammen. Wir wollen dauerhaft zusammenarbeiten und sind für alle offen, die der Meinung sind, dass sich die Politik grundsätzlich ändern muss. Eine andere Stadt, ein anderes Land und eine andere Welt sind möglich.